

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 10/2022 (§ 36 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.03.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Bremerhaven muss im Ukraine-Krieg Flagge zeigen: Städtepartnerschaft mit Kaliningrad aussetzen! (BIW)**

Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 markiert eine historische Zäsur. Erstmals nach dem Ende des 2. Weltkriegs soll mitten in Europa ein souveräner Staat durch den Einsatz militärischer Gewalt erobert und unterjocht werden. Schon in der Vergangenheit hat Russland die territoriale Integrität der Ukraine wiederholt in Frage gestellt, namentlich durch die Annexion der Halbinsel Krim im Jahre 2014 und die gewaltsame Abtrennung von Teilen der Oblasten Donezk und Lugansk im Osten des Landes mit Hilfe prorussischer Separatisten. Diese Gebiete wurden von Moskau kürzlich als unabhängige „Volksrepubliken“ anerkannt, was mit internationalem Recht nicht vereinbar ist.

Die Staatengemeinschaft und allen voran die Europäische Union sowie die Vereinigten Staaten von Amerika haben auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit umfangreichen wirtschaftlichen und politischen Sanktionen sowie Waffenlieferungen an die ukrainische Armee reagiert. Diese Maßnahmen werden von der Fraktion BÜRGER IN WUT ausdrücklich begrüßt.

Auch die Seestadt Bremerhaven muss ihren Beitrag zur internationalen Solidarität mit dem bedrängten ukrainischen Volk leisten und sich an den Strafmaßnahmen gegen das Putin-Regime beteiligen. In einem Interview mit BILD-TV hat der bekannte Ex-Boxer Wladimir Klitschko, der zusammen mit seinem Bruder Vitali, dem Bürgermeister von Kiew, in der ukrainischen Hauptstadt ausharrt, um seine Heimat zu verteidigen, betont, dass jede noch so kleine Sanktion der internationalen Gemeinschaft wichtig ist, um Druck auf die Machthaber in Moskau auszuüben.

Bremerhaven unterhält seit 1992 eine Städtepartnerschaft mit dem russischen Kaliningrad, dem früheren Königsberg. Eine Städtepartnerschaft dient dem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den Kommunen. Angesichts der aktuellen Ereignisse in der Ukraine kann diese Kooperation nicht einfach fortgesetzt werden. Es gilt vielmehr ein klares Zeichen zu setzen, ein Zeichen gegen den von Russland losgetretenen verbrecherischen Krieg, der schon jetzt zahlreiche Opfer auch unter der Zivilbevölkerung gefordert und massive Zerstörungen verursacht hat.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Seestadt Bremerhaven setzt die Städtepartnerschaft mit Kaliningrad wegen des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine so lange aus, bis Russland seine Streitkräfte vollständig vom Staatsgebiet der Ukraine

abgezogen hat und die territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt ist.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Jan Timke  
Fraktionsvorsitzender  
BÜRGER IN WUT